

# VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckerstr. 17.

## Lohnbewegung.

Zuzug von Lackirern ist fernzuhalten von Bely. Wegen Maßregelung ist die Sperre über die Prager'sche Werkstatt in Jena verhängt, es ist deshalb der Zuzug von Jena fernzuhalten.

## Ein sauberes Brüderpaar.

II.

„Wenn sich zwei Leute streiten, kommt gewöhnlich die Wahrheit an den Tag,“ sagt ein Sprichwort. Das zeigt sich jetzt wieder bei dem Streite zwischen Junkern und Industriellen. Die streitenden Parteien offenbaren ihre verborgenen Herzensgeheimnisse und plaudern ihre Wünsche aus. Während die Presseorgane der Industriellen behaupten: „Agrarisch ist Krumpf in Deutschland und die ostelbischen Junker spielen die erste Flöte!“ jammern die Letzteren, daß ihre Interessen ganz und gar vernachlässigt werden. Beide Parteien schämen also noch nicht zufrieden zu sein mit dem, was sie sich bereits erkämpft haben, sondern planen neue und größere Staubsätze auf die Taschen des arbeitenden Volkes. Der Appetit wächst bekanntlich beim Essen und weil diese Beutepolitiker seit Jahrzehnten von der Regierung verhätschelt worden sind, hat sich ihre Gewinnsucht zu einem Wolfshunger nach Profit entwickelt.

Befcheidenheit ist noch niemals eine Eigenschaft der „Herren“ gewesen, aber so unverschämt, wie sich der Kapitalismus — der landwirtschaftliche so gut wie der industrielle — heutzutage gebärdet, haben wir es doch noch nie erlebt. Die Regierung hat den Agrariern die Vieh-, Getreide- und Holzölle gewährt, sie hat bei dem geringsten Anlaß die Grenzen gesperrt, sie hat ihnen die Viebesgaben für Zucker und Branntwein in den Schooß geworfen — dennoch aber schreien die Junker über eine unverzeihliche Vernachlässigung ihrer Interessen. Und dieses Geschrei, das immer wiederholt wird, findet zuletzt Glauben. Sogar Professoren lassen sich dadurch übertölpeln. So führte vor Kurzem der Breslauer Professor Julius Wolf in einem Vortrage „über die Landwirtschaft im 20. Jahrhundert“ aus,

„daß die Landwirthe mit ihren Forderungen an den Staat, daß er ihnen zu Hülfe komme, und zwar nicht nur mit kleinen, sondern auch mit großen Mitteln, im Rechte seien. Unser Staat sei nicht ausschließlich ein Industriestaat, sondern er bedürfe zu seinem Gedeihen auch der Landwirtschaft. Deshalb gebühre der Landwirtschaft dieselbe Berücksichtigung wie der Industrie. Die Kreuzzeitung“ ist hierüber hoch erfreut. Sie bemerkt dazu: „Diese durchaus den Thatsachen entsprechenden Ausführungen des Prof. Wolf verdienen die weitgehende Beachtung, insbesondere auch dort, wo man im Sinne der manchesterlichen Presse den Landwirthen in ihrer Nothlage zur Abwehr unbequemer Forderungen vorwirft, sie glaubten häufig, sie seien allein auf der Welt. Nur zu spät ist der deutsche Landwirth zu der Erkenntnis gekommen, daß die heimische Landwirtschaft in den letzten Jahren nicht die ihrer sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung für unser Staatsleben entsprechende Berücksichtigung gefunden habe. Fürst Bismarck hat vor Jahren sehr zutreffend darauf hingewiesen, daß, wenn die Fürsten und Staatsmänner lediglich oder vorzugsweise mit den Einkünften aus Domänen rechnen müßten, es unserer Landwirtschaft nicht solche Anstrengungen und Kämpfe kosten würde, um zu ihrem Rechte zu gelangen.“

Man traut seinen Augen kaum, wenn man derartiges liest. Während es die Spazier von den Dächern pfeifen, daß die Regierung Alles thut, was sie den Agrariern an den Augen absehen kann, behaupten diese Leute, die Landwirtschaft habe in den letzten Jahren nicht die entsprechende Berücksichtigung gefunden. Und welches Mittel schlägt man vor, um das Interesse der Fürsten und Staatsmänner an der Landwirtschaft rege zu machen? Sie

sollen ihre Einkünfte vorwiegend aus Landgütern beziehen, mit anderen Worten, man will ihren Egoismus anspornen und sie veranlassen, im Interesse ihres eigenen Geldbeutels die Landwirtschaft zu bevorzugen auf Kosten der übrigen Berufsstände. Wie verträgt sich das mit dem Diensteide, den diese Leute geleistet, und worin sie versprochen haben, für das Gemeinwohl zu wirken und die eigenen Interessen demselben unterzuordnen? Fordert die fromme „Kreuzzeitung“ die Beamten nicht geradezu zum Eidbruch und zur Verletzung ihrer Pflichten auf? Und außerdem ist dieses Mittel ein zweischneidiges Schwert, denn die Industrie könnte mit demselben Rechte verlangen, daß den Staatsmännern und Fürsten ihr Gehalt in Aktien und Prioritäten ausgezahlt würde, damit sie mehr Interesse an der industriellen Entwicklung nähmen. Es soll ja schon heute nicht selten vorkommen, daß man die „maßgebenden Stellen“ an gewerblichen Unternehmungen theilhaft, um ihr Privatinteresse zu wecken. Wenn der Vorschlag des Fürsten Bismarck — er sieht ihm wirklich sehr ähnlich — erst Annahme findet, dann wird sich ein rührender Wettstreit entwickeln und es muß sich dann zeigen, wer das „Schmierer“ am Besten versteht. Die Masse des Volkes wird dann noch den letzten Rest von Vertrauen zu der Uneigennützigkeit der Staatslenker verlieren.

Wie stark sich die Junker fühlen, ergibt sich daraus, daß sie schon seit längerer Zeit gegen den Reichskanzler, Fürsten Hohenlohe, Sturm laufen, der doch, um in der Sprache der königstreuen Junker zu reden, durch das Vertrauen seines Königs an seine verantwortliche Stelle berufen worden ist und durch eben dieses Vertrauen dort festgehalten wird. Der Reichskanzler hat das Unglück gehabt, die Junker vor den Kopf zu stoßen, indem er auf dem internationalen Geographen-Kongresse in Berlin am 28. September vorigen Jahres folgende Worte sprach:

„Die Geographen sind Pfadfinder für den deutschen und den Weltverkehr. Sie suchen uns neue Absatzgebiete, eine Aufgabe, die um so dringender wird, seitdem wir durch Aenderung unserer Zollgesetzgebung, mehr und mehr zum Industriestaate umgestaltet werden. Das mögen wir Agrarier beklagen — ich gehöre als Großgrundbesitzer selbst dazu, wenn ich auch der Industrie und dem Handel ihr volles Recht wahre. Wir können aber nicht mehr zurück.“

Jetzt erhob sich ein Geheul auf der ganzen Linie, sodaß sich der Reichskanzler genöthigt sah, in die Oeffentlichkeit zu flüchten und sich gegen die Vorwürfe, ein Agrarierfeind zu sein, zu vertheidigen. Das Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, besorgte die Vertheidigung, allerdings in einem milden, fast bittenden Tone, wie er den Junkern gegenüber Brauch ist. In dem Artikel wird zunächst erklärt, es sei unrichtig,

„daß während der Amtsführung des Fürsten Hohenlohe die Interessen der Landwirtschaft nicht gewahrt und Machtbefugnisse, deren Erhaltung zu den Pflichten der Regierenden in Staat und Reich gehört, brockenweise preisgegeben seien.“

„Wären dann?“ — so heißt es in dem Artikel weiter — „viele der berechtigten Klagen der Landwirtschaft, z. B. diejenige über Arbeitermangel überhaupt möglich, wenn die fortschreitende Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat gefördert werden könnte? Wo anders als in der Industrie finden die das platte Land verlassenden Arbeiter überwiegend Beschäftigung? Und ist nicht eine Schlussfolgerung schon allein aus dem zunehmenden Arbeitermangel auf dem Lande auf die Erstickung der deutschen Industrie zulässig und berechtigt? Ein Vorwurf gegen den Reichskanzler ließe sich von agrarfreundlicher Seite doch nur dann erheben, wenn Fürst Hohenlohe diese tatsächliche Entwicklung Deutschlands als wünschenswerth und erfreulich bezeichnet hätte. Das ist nicht geschehen; vielmehr hat er ausdrücklich hinzugefügt, daß er als Agrarier unter dieser Entwicklung persönlich leide.“ Mit der Anerkennung der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaate sei „selbstverständlich nicht ausgesprochen oder gemeint, daß es angeht habe, gleichzeitig in ausgedehnten Theilen seines Ge-

bietes als Agrarstaat zu existiren, welcher eine gleichmäßige Berücksichtigung auch seiner Interessen erfährt.“ Der Reichskanzler sei denn auch durchaus nicht einer solchen Meinung. Er erkenne vielmehr die Bedeutung der Landwirtschaft und die Nothwendigkeit, sie zu schützen, voll an. „Das Sinken des Preises der landwirtschaftlichen Produkte erklärt sich nach seiner Ueberzeugung in erster Linie durch die Inangriffnahme jungfräulichen Bodens in überseeischen Ländern.“ Fürst Hohenlohe ist der Ansicht, daß das Sinken der Preise der landwirtschaftlichen Produkte als ein, wenn auch voransichtlich lange Andauerndes, so doch Vorübergehendes angesehen werden muß. Und für die Dauer dieser ungünstigen Verhältnisse bedürfe die deutsche Landwirtschaft auch nach Ansicht des Fürsten Hohenlohe „allerdings eines aus reichenden Schutzes, damit sie nicht in solchen Theilen Deutschlands in ihrem berechtigten Umfang geschmäht werde, in denen sie zu dauernder Geltung berufen ist.“

Speziell der letztere Hinweis auf den „ausreichenden Schutz“ für gewisse Theile Deutschlands, d. h. für Ostelbien soll die Agrarier besänftigen. Ob es gelingt, ist freilich fraglich. Denn sie wissen ganz genau, daß Derjenige, der die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat als unausweichliche Nothwendigkeit anerkennt, die agrarischen Ansprüche nicht voll befriedigen kann.

Dann folgt zu allererst ein Wappell an das menschliche Gefühl: „Bei Allem, was Fürst Hohenlohe thut und unterläßt, ist er der Thatsache eingedenk, daß sich nach menschlichem Ermessen seine Laufbahn ihrem Ende nähert. Er glaubt, die ihm verlichenen Fähigkeiten nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des deutschen Vaterlandes und Preussens angewandt zu haben. Er fürchtet nicht, daß sein im Laufe eines langen und arbeitsreichen Lebens erworbener staatsmännlicher Ruf durch die Gegnerschaft einzelner politischer Gruppen geschädigt werden könne.“

Den Konservativen wird auch diese Auseinandersetzung nicht imponiren. Die „Deutsche Tagesztg.“ erklärt diese Vertheidigung des Reichskanzlers für außerordentlich ungeschickt und meint: „Wir glauben nicht, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ oder der Inspirator derselben dem Fürsten Hohenlohe mit dieser Vertheidigung einen Dienst geleistet hat.“

Unsere Leser ersen hieraus, daß die Agrarier ungerührt bleiben. Sie verlangen ganze Arbeit und sind durchaus nicht geneigt, sich mit Versprechungen und Freundschaftsbetheuerungen abspesen zu lassen. Damit ist diesen Leuten nicht gebient, sie huldigen dem Spruche: „Hier hilft kein Maulspitzen, hier muß geßiffen werden!“

Leider bleibt der Regierung jeder Ton im Halbe stecken, da sie ganz naturgemäß mit den Großindustriellen in Konflikt gerathen wird, wenn sie die unverkämpften Forderungen der Agrarier erfüllen will. Die Industrie kann eine allzugroße Vertheuerung der Lebensmittel nicht dulden, da ihre Arbeiter in diesem Falle revoltiren und höhere Löhne erzwingen würden. Das ist aber gegen das Interesse der Industriellen. Die Regierung mag sich also drehen und wenden wie sie will, sie sitzt in der Klemme, denn in der heutigen privatkapitalistisch zerklüfteten Gesellschaft läßt sich ein wirksamer Agrarschutz mit einer wirklichen Fürsorge für die Industrie nicht vereinen. Es bleibt darum der Regierung nichts anderes übrig, als daß sie zwischen den Klippen hindurch lavirt und ihre Wohlthaten bald nach rechts und bald nach links austheilt.

„Aber wo bleiben denn die Arbeiter?“ fragen unsere Leser. Ja, das ist gerade der Kernpunkt der ganzen Sache.

Bei dem Schachergeschäft zwischen Kraut- und Schlotjunkern hat kein Mensch die Arbeiter auf der Rechnung; die Profitgier blendet die Kampfhähne und läßt sie vergessen, daß die denkende Arbeiterklasse auch noch ein Wort mitsprechen will. Und doch hat die Arbeiterklasse das größte Interesse an der Frage, denn aus ihrer Arbeitskraft soll der gesteigerte Gewinn gepreßt werden. Die Agrarier, deren wirkliche oder angebliche Noth in schlechter Wirtschaftsführung und dem luxuriösen Leben ihren Grund hat, wollen ihre Lage verbessern auf Kosten der Arbeiter, denen man die Lebensmittel vertheuert; die Industriellen wollen die Früchte des wirtschaftlichen Aufschwunges allein verzehren und be-





